

Nr.39
1971

Union in Deutschland

Bonn, 8. Oktober 1971

Blick nach vorn

Der zweite CDU-Parteitag des Jahres 1971, dem mancher mit recht gemischten Gefühlen entgegengesehen hatte, wird heute bereits zu den besten und wirkungsvollsten Kongressen der Union gerechnet. Warum? Der Saarbrücker Parteitag hat sich der schwierigen Aufgabe, die ihm gestellt war, mit entschlossenem Ernst entledigt. Die Führungsdiskussion, die monatelang die Partei und die ganze Öffentlichkeit in Atem gehalten hat, ist in der Saarlandhalle beendet worden. Was nicht minder bedeutungsvoll ist: die integrierende Kraft der Partei hat sich als stark genug erwiesen, um ernsthafte Risse zu verhindern. Die CDU wird – daran kann niemand, der in Saarbrücken dabei war, zweifeln – mit der größten Geschlossenheit und Solidarität in den Wahlkampf 1973 ziehen.

Das kleinliche Herumgemäkel der beiden Bonner Regierungsparteien am Verlauf und an den Resultaten des Saarbrücker Parteitages hat den großen Eindruck nicht verwischen können, den dieser Kongreß in der Öffentlichkeit hinterlassen hat. Die CDU ist die einzige Partei in Deutschland, die ihre Probleme und ihre Aufgaben so klar, so offen und so demokratisch regeln kann, wie sie es vor achthundert in- und ausländischen Journalisten an der Saar getan hat.

Der neue Parteivorsitzende, Rainer Barzel, hat eine von der Union geführte Bundesregierung als das Ziel der CDU bezeichnet. Er hat den Satz hinzugefügt, den die Delegierten und alle Christlichen Demokraten nach einer harten Auseinandersetzung um die Führung beherzigen werden: „Miteinander können wir es schaffen!“

Willi Weiskirch,
Sprecher der CDU

■ BARZEL

Sicherheit, Europa, Bildung und Eigentum nannte der neue CDU-Parteivorsitzende als Prioritäten für die praktische Politik der Union. Politik muß sich an den Menschenrechten ausrichten.

Seite 3

■ KIESINGER

Vor einer Re-Ideologisierung und „Rauschgoldparolen“ warnte der scheidende Parteivorsitzende. Auf Moskaus Herausforderung sei eine klare Antwort des Westens nötig.

Seite 7

■ KRASKE

Vor seiner Wahl zum Generalsekretär trug Konrad Kraske den Delegierten seine Vorstellungen für dieses Amt vor.

Seite 9

Die CDU verwirklicht „mehr Demokratie“

Ein spannender Parteitag ist in Saarbrücken zuende gegangen. Die „Deutschland-Uraufführung“, wie Helmut Kohl die Tatsache nannte, daß erstmals eine Partei in der Bundesrepublik zwei Kandidaten zur Wahl in das Amt des Bundesvorsitzenden nebeneinander stellte, ist geglückt. Die CDU redet nicht von „mehr Demokratie“, sie praktiziert sie. Die vom politischen Gegner erhoffte Selbstzerfleischung der Union blieb aus. Sowohl die Sach- als auch die Personaldiskussion wurde freimütig, aber fair geführt. Die CDU bewies einmal mehr Empfinden für politischen Stil.

„Mögen alle Teilnehmer – trotz aller begründeten unterschiedlichen Auffassungen – angesichts der weittragenden Entscheidungen, die zu fällen sind, sich vom Geist gegenseitiger Achtung bestimmen lassen, der die CDU seit ihrer Gründung immer ausgezeichnet hat.“ Diese Lösung gab der Präsident des 19. Bundesparteitages, Saar-Ministerpräsident Franz Josef Röder, in seiner Begrüßungsansprache an die Delegierten.

Kiesinger Ehrenvorsitzender

Der Dank an den bisherigen Parteivorsitzenden Kiesinger bestimmte den Vormittag des ersten Tages. In würdiger Form ehrten die Delegierten den Mann, den Rainer Barzel „einen der Architekten der deutschen Außenpolitik“ nannte, der sich als bedeutender außenpolitischer Redner schon 1949 im Bundestag einen Namen mache, der Union dann als baden-württembergischer Ministerpräsident, Kanzler und Bundesvorsitzender diente. Die 572 Delegierten erhoben sich nach Kiesingers Rede und dank-

ten ihm mit minutenlangem Beifall für seine Verdienste. Einstimmig wählten sie ihren bisherigen Parteichef zum Ehrenvorsitzenden mit Sitz und Stimmrecht im Präsidium.

Gab sich die CDU auf den Berliner und Düsseldorfer Parteitagen als erste Partei in der Bundesrepublik ein Programm, das nicht von der Parteispitze den Delegierten nur zur Billigung vorgelegt, sondern in monatlangen Diskussionen in allen Orts- und Kreisverbänden durchdiskutiert worden war, standen bei diesem Parteitag die Wahlen zu den höchsten Ämtern, die die Union zu vergeben hat, im Mittelpunkt. Die beiden Kandidaten trugen am Nachmittag ihre Vorstellungen vor; in einer vierstündigen Diskussion legten die Delegierten ihre guten Gründe für oder gegen eine Ämterzusammenfassung an der Spitze dar, bevor sie in geheimer Wahl, erstmals in Wahlkabinen, ihre Entscheidung trafen.

20.10 Uhr. Die Spannung bei Journalisten und Delegierten erreicht ihren Höhepunkt. Vier Gongschläge schaffen Aufmerksamkeit für die Verkündung des Wahlergebnisses: 344 Stimmen für Rainer Barzel, 174 Delegierte votierten für Helmut Kohl. Stürmisches Beifall für den jüngsten Parteichef, der die CDU bisher führte. Helmut Kohl gratuliert dem neuen CDU-Vorsitzenden als erster. Barzel tritt ans Mikrofon, läßt keine Stimmung des Gegeneinanders aufkommen, findet Worte, die helfen, die Partei fest zu integrieren: Kiesinger bittet er um Mitarbeit und Rat, Gerhard Schröder wird angesprochen, denn „nur die beste Mann-

schaft kann die Regierung schlagen“, anerkennende Worte für Bruno Heck und Kurt Schmücker.

Helmut Kohl, an den Barzels erste Worte gerichtet waren, erhebt sich, bekundet seine Loyalität: Die Schlußveranstaltung des Bremer Wahlkampfes werden Kohl und Barzel gemeinsam bestreiten.

Auch der böswilligste Beobachter des 19. Bundesparteitages wird der Union keine Richtungskämpfe, von denen SPD und FDP geschüttelt werden, unterstellen können. Die CDU ist die einzige Partei, von der der Wähler weiß, woran er ist. Der Beifall, der dem Chef der Schwesterpartei, Franz Josef Strauß, entgegenschlug, der in einer temperamentvollen Rede die Regierungspolitik attackierte, wird auch jene Erwartungen der politischen Gegner zuschanden gemacht haben, die sich bemühten, einen Keil zwischen CDU und CSU zu treiben.

Barzel setzte Akzente

In einer kämpferischen Rede setzte Rainer Barzel die nötigen Akzente. Barzel will die Auseinandersetzung nicht nur auf dem Gebiet der Außen- und Deutschlandpolitik suchen. Auch auf gesellschaftspolitischem Gebiet zeigte er klar die Grenzen auf, die die Union von der Linkskoalition trennen.

Die CDU hat auf dem 19. Bundesparteitag ihre Schlachtreihen geordnet und die nötigen Voraussetzungen geschaffen, um im Kampf gegen die „sozialistisch-pseudoliberale“ Bonner Koalition (Strauß) angemessen gerüstet zu sein. Wann wird diese Auseinandersetzung stattfinden? Spätestens 1973. Auf der Pressekonferenz machte Parteichef Barzel an die Adresse Brandts gewandt aber auch deutlich: die Union ist jederzeit zu Neuwahlen bereit.

Barzel: Miteinander können wir es schaffen

In seiner ersten programmatischen Rede als Parteivorsitzender der CDU nannte Rainer Barzel Sicherheit, Europa, Bildung und Eigentum als Prioritäten für die praktische Politik der Union. Unter dem zustimmenden Beifall der Delegierten machte Barzel deutlich, daß er die Union in der Richtung weiterführen werde, die Konrad Adenauer gewiesen hat. Es gilt, „mit dem Blick nach vorn unsere Grundsätze zu erneuern“. Barzel führte u. a. aus:

„Unter uns sind noch viele, die 1964 Konrad Adenauer auf dem Parteitag in Hannover gehört haben; und einige hat er damals wissen lassen, daß diese Sätze – er hatte sie handschriftlich konzipiert – sein politisches Testament seien:

Jedes menschliche Zusammenleben setzt besondere Normen voraus. ... Unsere ... Partei ... geht davon aus, daß jeder einzelne Mensch von Gott stammende Rechte ... hat. Wir sind des Glaubens, daß die Würde und die Freiheit des einzelnen Menschen geachtet werden müssen und von niemandem verletzt werden dürfen. Nach unserer Überzeugung dürfen auch Freiheit und Würde eines Volkes durch kein anderes Volk angeastattet werden. Daraus leiten wir unabdingbare Rechte der Selbstbestimmung für jedes Volk ab. Die Zerstückelung Deutschlands ist ein Verstoß gegen dieses Recht des deutschen Volkes. ... Wenn man das Bestehen solcher Normen nicht anerkennt, dann gleitet ein Volk abwärts in Diktatur und in Gewalt. In einer Zeit wie der unsrigen, die Veränderungen und Entwicklungen jeder Art, zum Guten und zum Schlechten, in rasendem Tempo bringt, braucht jeder einzelne feste, unabdingbare Normen für sein Leben, damit er Herr seiner selbst bleibt und nicht abgleitet!

Dieses Vermächtnis Adenauers setze ich hier an den Beginn, um mit dem Blick nach vorne unsere Grundsätze zu erneuern.

Kein Opportunismus in Grundsatzfragen

Die jungen Menschen – wir müssen uns ihnen erklären, denn sie können unseren Werdegang aus eigenem Miterleben gar nicht kennen! – die jungen Menschen sollen und müssen wissen, daß die Politik dieser Union aus der Position des moralischen Rigorismus lebt und deshalb Opportunismus in Grundsatzfragen nicht zuläßt.

Wer denkt wie wir, kann nicht und wird nie den Rückfall der deutschen Politik in den anti-europäischen Nationalismus zu lassen oder den qualitativen Unterschied verschweigen zwischen der freiheitlichen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland und der kommunistischen Diktatur in der „DDR“. Wer denkt wie wir, kann nicht und wird nie Deutschland-Politik am Selbstbestimmungsrecht vorbei machen; oder dem inhumanen politischen Radikalismus den angekündigten Marsch durch die Institutionen gestatten.

Wir sind Christen und Demokraten, die für die Ausgestaltung des freiheitlichen, sozialen Rechtsstaates politisch arbeiten.

Für diese Arbeit gilt: Fortschritt ist da, wo die Menschenrechte und ihre gesellschaftliche Basis mehr zur Alltagswirklichkeit werden. Für uns ist Rückschritt, wo Menschenrechte nicht gelten; wo Strukturen sich etablieren, welche ihre wirksame Entfaltung hemmen oder sie unterdrücken und deshalb ist für uns Kommunismus reaktionär.

Politik an den Menschenrechten orientieren

Deshalb ist – nächst der Sicherung der äußeren Freiheit – Gesellschaftspolitik der Kern unserer Politik. Wir wissen, daß in diesem Bereich die Basis der Menschenrechte entschieden wird, der Kampf zwischen Demokratie und linker und rechter Diktatur ebenso entschieden wird wie Entfaltung und Beständigkeit unserer auf Freiheit und Recht, auf Humanität und Toleranz gegründeten Gesellschaft.

Wir sagen, auch wenn das heute nicht jeder gerne hören will, Ja zur Leistungsgesellschaft. Ohne Leistung geht es eben nicht. Und deshalb dürfen z. B. weder die Renten- noch die Steuerpolitik durch Nivellierung die bestrafen, deren Tüchtigkeit die Gesellschaft Besonderes verdankt.

Bleibende Grundentscheidungen der Union

Für diese Politik haben wir Prinzipien wie die Politik der Sozialen Marktwirtschaft und der sozialen Partnerschaft entwickelt. Beides gehört zu den bleibenden Grundentscheidungen der Union! Und deshalb muß auch hier unmißverständlich gesagt werden: Wer denkt wie wir, kann nicht und wird nie gegen Privat-eigentum, Unternehmer-Initiative, Gewinn und Wettbewerb oder gegen Gewerkschaften und funktionsgerechte Mitbestimmung

■ 19. Bundesparteitag der CDU

sein. Freilich wissen wir, daß unsere Ordnung nur Bestand haben wird, wenn wir in den zwei Bereichen einen besonderen Schwerpunkt setzen, für die wir unsere Markenzeichen „Eigentum für jeden“ und „Aufstieg durch Bildung“ geprägt haben.

Soziale Sicherheit, besser verteiltes und breiter gestreutes Privateigentum sowie ein chancengerechtes, durchlässiges Bildungssystem – das sind unsere Prioritäten. Wir haben sie nicht der Demoskopie, sondern direkt unserem Programm entnommen.

Sicherheit – Europa – Bildung – Eigentum, das sind unsere Prioritäten, auch für die praktische Politik!

Wir glauben nicht, daß die Grenze des freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates erreicht ist und wir schon die beste aller möglichen politischen Wirklichkeiten erreicht haben.

Offen für Neues

Wir sind offen für Neues: bereit, vieles in Frage zu stellen, weil nur so der Weg für das Bessere frei wird. Wir glauben nicht, daß sich Autorität automatisch aus Positionen ergibt, sondern daß sie sich auszuweisen und zu bilden hat durch die Art, den Inhalt und die Ziele, in welcher die Inhaber solcher Positionen ihr Amt führen, – ob sie nun Minister, Lehrer, Gewerkschaftssekretär sind. Rechthaberei, Pochen auf Alter und Erfahrung sind im Umgang vor allem mit jüngeren Menschen so ungeziemend wie Überlegenhetsdunkel. So legitimierte und so angewandte Autorität freilich ist so unerlässlich für die demokratische Ordnung wie die Freiheit selbst.

Wir müssen hier ein anspruchsvolles Ziel setzen, nicht nur der Jungen Union, sondern uns allen: Nämlich, die ganz überwiegende Mehrheit dieser jun-

gen Menschen zu gewinnen für die Unabdingbarkeit der Grundlagen unseres Staates, also auch für den unvermeidlich notwendigen Kampf gegen den politischen Radikalismus! Wenn uns das gelingt, nur wenn uns das gelingt, hat unsere Demokratie Zukunft.

Und wer anders als wir soll das leisten? Stets hatte die Union das Entscheidende zu vollbringen. In beiden anderen Parteien ist zur Zeit der nackte Opportunismus zu Hause.

Wer die geistige Führung gewinnt, wird die politische dazugewinnen. Es gibt nur diesen Weg!"

„Wir werden auch den neuesten Schutt wegräumen“

Die CDU will nach den Worten des neuen Parteivorsitzenden ihre Politik auf vorurteilslose Analysen stützen, diese mit kritischer, praktischer Vernunft betrachten und sich an den Maßstäben des Rechts, der Humanität und des Friedens orientieren. Schon einmal habe die Union in der Regierungsverantwortung den „Schutt der Nachkriegsjahre weggeräumt“, sagte Barzel und fügte hinzu: „Uns wird es gelingen, auch den neuesten Schutt wegzuräumen und durch Reformen bei denen der Mensch im Mittelpunkt steht, diesem Staat neue Leuchtkraft zu verleihen. Zusammen können wir es ändern!“

Im innerpolitischen Teil seiner Rede unterstrich Barzel den Vorrang der Gesellschaftspolitik. Für den Bereich der Gesellschafts- und Sozialpolitik kündigte Barzel „konkrete und durchdachte Konzeptionen“ an. An die Adresse der Regierung gewandt, durch deren Politik frühere Reformen nun zu Ruinen zu werden drohten, sagte Barzel, es genüge nicht, sich zur Sozialen Marktwirtschaft zu bekennen, viel-

mehr müsse man es durch die Tat beweisen. Die Entwicklung der Preise, der öffentlichen Finanzen, die nicht eingehaltenen Reformen und die negativen Auswirkungen auf sozialschwache Gruppen zwingen zu einem noch illusionsloseren Bild der innenpolitischen Lage. „Denn unsere Wirtschaftskraft wird nicht stärker und unsere Finanzkraft auch nicht. Wir werden teuer zu bezahlen haben, in der Mitte der siebziger Jahre, für alle jetzt unterlassenen Investitionen, für alle jetzt falsch gestellten Weichen.“

Wie können die drängenden Fragen unserer Gesellschaft gelöst werden? Barzel empfahl: „Wenn wir uns auf die Notwendigkeit besinnen, den vergangenheitsbezogenen Subventionen ans Leder zu gehen, wie auf die mit Erfolg erprobten Möglichkeiten zu finanzieren durch eine Mischung von Privatinitalie, steuerlichen Anreizen und direkten Hilfen der öffentlichen Hände, dann wird es nicht möglich sein, die drängenden Fragen z. B. der sozialen Dienste, des Umweltschutzes, der Technologie, der Forschung und der Stadterneuerung, der Gesundheitspolitik der Energiepolitik schrittweise und nach einem Dringlichkeitskatalog der mit dem Möglichen übereinstimmt, zu lösen. Zu diesen Fragen – beispielhaft genannt – werden wir sehr konkrete und durchgerechnete Konzeptionen vorlegen.“

Nicht allen alles versprechen

Wir werden diesen, unseren Weg gehen und so erneut beweisen, was Soziale Marktwirtschaft Gutes bewirkt – vor allem, wenn die Politik breiterer Eigentumsstreuung die Kräfte freilegt, die der Sozialismus stets lähmt. Und die Marksteine unseres künftigen Weges heißen nicht Gefälligkeit, sondern Anstrengung; nicht allen alles versprechen, sondern von jedem das Zumutbare fordern!“

■ 19. Bundesparteitag der CDU

Besonders nachhaltigen Eindruck hinterließen bei den Delegierten die Ausführungen des neuen CDU-Chefs über die ernste Lage unserer Gesellschaft: „Ich bin besorgt um unser Gemeinwesen, weil ich – nicht nur vereinzelt – Zeichen schwindender staatlicher Autorität und abnehmende Bereitschaft zu Rücksicht und Pflichten in der Gesellschaft sehe. Eine freie Gesellschaft, wie die unsere, und ein demokratischer Staat, wie der unsere, haben zum Lebensprinzip die vernünftige Einsicht aller, daß es ohne Rücksicht auf den anderen und das Ganze, daß es ohne Pflichten, und zwar nicht nur materielle, daß es ohne Herrschaft des Rechtes auf die Dauer weder Freiheit noch Rechte des einzelnen gibt.

An diesen Sorgen über unser Gemeinwesen ist die gegenwärtige Koalition nicht unschuldig: Zu Beginn erweckte sie den Eindruck, nun begäne das Schlaraffenland. Politik wurde offenbar als die Kunst des Unmöglichen definiert. Dann kamen die Wortbrüche – von der Steuer – über die Preise – bis zur Außenpolitik. Dann wurde das Parlament getäuscht – vom Bahr-Papier über Haushaltsszenarien bis zum sowjet-russischen Generalkonsulat in West-Berlin. Dann wurden Journalisten eingeschüchtert und Kritiker heimsteten den Kanzler-Vorwurf des Mißbrauchs der Pressefreiheit und Schlimmeres ein. Dann weigerte man sich, uns Auskunft zu geben über die DKP, während man eben diese Auskunft dem sowjetischen KP-Chef gab – eine Auskunft wider die amtlichen Tatsachen. Schließlich erklärte man, parlamentarische Fragen der Opposition geschäftsordnungswidrig zu erledigen, weil die Opposition zu viel, zu zeitraubend und zu detailliert frage. Und nun ruft der Kanzler die IG-Metall gegen die Opposition zur Hilfe

– angeblich zum Schutze der Demokratie.

Wer so handelt, schädigt nicht nur seine Partei, sondern schädigt Fundamente unseres Staates. Und ich nehme jede dieser Einzelheiten als Mosaiksteinchen für ein Ganzes; denn ich habe nicht vergessen, wie man uns auch ostpolitisch – mit einer angedachten Indiskretion hier, einem Mißverständnis da – scheibenweise auf die volle Zielsetzung vorbereite! Und hinzukommt, daß in der Außenpolitik nach Westen Fragezeichen und nach Osten unwiderrufliche Tatsachen produziert und so die Basis des europäischen Gleichgewichtes wie der internationale Sicherheit beeinträchtigt werden.

Wir können nicht übersehen, daß die Kriminalität steigt und die Aufklärungsquote sinkt. Wir haben – abgestimmt mit unseren Freunden in den Ländern – ein konkretes Programm zur inneren Sicherheit vorgelegt.

Kampf gegen politischen Radikalismus

Zur Bekämpfung des politischen Radikalismus will ich mich heute auf zwei Vorschläge beschränken:

- Wer sich einer Organisation anschließt, die unsere freiheitliche Grundordnung beseitigen will, hat im öffentlichen Dienst nichts zu suchen.

- Nachdem es den demokratischen Parteien gelungen ist, die NPD durch politischen Kampf zu bezwingen, sollte sich nun die demokratische Gemeinsamkeit in der öffentlich bekundeten, solidarischen Stoßrichtung gegen die DKP bewähren.

Ein anderes: Es ist unmöglich, wenn in manchen Schulen mehr über Griechenland und Vietnam als über das totalitäre kommunistische System in der „DDR“ zu lernen ist.

Und, ebenso: Was nützt das Wort des Kanzlers Brandt zugunsten der Wehrpflicht, wenn der Parteivorsitzende Brandt die gegenteiligen Bemühungen vieler seiner Parteigänger nicht stoppen kann oder will?

Schließlich: Wir können nicht tatenlos bleiben, wenn z.B. das „Deutsche Ärzteblatt“ vom Juni 1971 lakonisch mitteilt: „Parteil... eben in Teilbereichen der Universitäten, ist der Rechtsstaat heute nicht mehr voll existent.“ Und: „Die Situation ähnelt – mit umgekehrten Vorzeichen – der des Jahres 1931, als die nationalsozialistische Durchsetzung der Universitäten die Machtergreifung von 1933 vorzubereiten begann.“

Unsere Verfassungsväter, aus allen politischen Richtungen, haben uns zur *wehrhaften Demokratie* verpflichtet. „Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“ – das war ihre Lehre aus Weimar. Verwalten wir dieses Erbe oder verspielen wir es?

Demokratie ist nicht schlapper Staat. Und in einem Punkte gibt es den über neunzig-prozentigen Konsensus unserer Mitbürger: Für Demokratie und gegen Radikalismus. Wer gleichwohl nicht handelt, wird mitschuldig.

Frieden ist eine Sache der Menschenrechte

Wir alle arbeiten für den Frieden, – was anderes haben Adenauer, Erhard und Kiesinger, und zwar mit Erfolg, getan? Nach westlichem Verständnis gehören Frieden und Menschenrechte untrennbar zusammen! Kennedy, auf den sich der Kanzler sonst so gerne beruft, hat diese westliche Position auf die kürzeste, prägnanteste und zutreffendste Formel gebracht: „Frieden ist eine Sache der Menschenrechte.“ Dem stimmen wir zu.

Und kein Kanzler der Bundesrepublik Deutschland hat hin-

■ 19. Bundesparteitag der CDU

sichtlich seiner Pflichten ‚Freie Auswahl‘. Jeder deutsche Bundeskanzler hat – ob das nun opportun, bequem oder angenehm ist, steht nicht zur Debatte – jeder deutsche Bundeskanzler hat seiner Verantwortung für alle Deutschen zu entsprechen, also nichts anderes als die Menschenrechte zum Maß auch der Entspannung zu nehmen.“

Ausgleich in allen Bereichen

Im außenpolitischen Teil seiner Rede arbeitete Barzel die Alternative der Union heraus:

„Unsere außenpolitische Alternative ist grundsätzlich begründet. Das heißt für die praktische Politik:

❶ Das westliche Bündnis gibt uns gesicherte Freiheit. Es ist, allem voran die Freundschaft mit den USA, durch nichts zu ersetzen. Also bedarf es besonderer Pflege. Ohne die hier anwesenden alliierten Truppen und ohne die Bundeswehr, denen wir danken, gibt es für uns eben keine Sicherheit durch das Bündnis!

❷ Die politische Vereinigung des freien Europa, gestützt auf die unverzichtbare Freundschaft mit Frankreich und gestärkt durch die erfreuliche britische Bereitschaft, muß erreicht werden. Eine deutsche Initiative dazu ist fällig. Sie könnte mit unserer Unterstützung rechnen.

Leider steht das Gegenteil zu erwarten: Die gegenwärtige Bundesregierung verpflichtet sich, die Europäische Sicherheitskonferenz zu ‚beschleunigen‘ und erklärt die politische Vereinigung des freien Europa zur Sache der nächsten Generation!

Diese Politik lockt nach Westen und bindet nach Osten. Ich spreche das aus, denn nicht immer haben alle um uns herum rechtzeitig und voll verstanden, was in Deutschland vorgeht.

❸ Friedenspolitik und Entspannung nach Osten sind so unerlässlich wie ihr Inhalt, nämlich Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen.

Leere Versprechungen, Verträge oder Erwartungen ohne diesen Inhalt sind für uns Irrwege, denn Friedensordnung heißt: Ordnung des Rechtes, nicht der Hegemonie, nicht der Rivalität; heißt: Volksverhetzung unmöglich und Grenzen aufmachen; heißt – wie zwischen uns und Frankreich geschehen –: den Grenzen alles das nehmen, was sie inhuman, unerträglich und deshalb streitig macht!

Wir kennen die Interessen, die Lage und die Macht der Sowjetunion. Wir nehmen ernst, was sie sagt, und wir suchen Ausgleich – in allen Bereichen.

Gewiß wird man auch in Moskau vorziehen, ein seriöses Wort zu hören, das zwar nicht gefällt, auf das aber Verlaß ist, als ein Wort, das angenehm klingt, auf das aber kein Verlaß ist, weil es die Mehrdeutigkeit zum Prinzip erhebt.

Die Deutschen wollen ein Volk sein

Und dieses seriöse Wort, das heute – im Interesse der Aufrichtigkeit als der Basis des Friedens – gesagt werden muß, heißt: Auch die Deutschen werden nicht aufhören, sich als ein Volk zu fühlen und miteinander so leben zu wollen, wie allein sie selbst es entscheiden! Und Freizügigkeit für Informationen, Menschen und Meinungen ist hier das ehrliche, unumgängliche, aktuelle Minimum. Wer anders redet oder glaubt, baut sich eine Welt neben der Realität!

Nein, diese Ost-Politik kann uns keiner anlasten. Und wenn die, welche das alles verantworten, Brandt und Scheel, nun Schlimmes fürchten für den Fall des Scheiterns, so sollen sie den

immer noch möglichen schadensfreien Ausweg wählen, – nämlich zurückzutreten.

Unsere Politik ist weder antirussisch, noch antichinesisch; sie ist, wo nötig, anti-kommunistisch, so wie die Moskauer Politik antidemokratisch ist. Aus diesen Gründen kamen – von uns – die Initiativen der Gewaltsverzichtsverträge, der ausgewogenen Truppenverminderung, des multilateralen Zahlungsausgleichs, des Jugendaustausches... Dazu stehen wir. Wir suchen auch mehr wirtschaftliche, technologische und kulturelle Zusammenarbeit mit den Ländern des Warschauer Paktes. Wir suchen, uns so zu vertragen, daß Verträge sinnvoll, ausgleichend und haltbar werden. Und nur was eindeutig ist, hält.

Wir müssen doppelt kämpfen

Wir verantworten eine Politik des besonnenen Fortschritts, der Mitte und des Augenmaßes: eine Politik, die das Mögliche als Maßstab nicht verketzt; die frei ist von Selbstgerechtigkeit wie von der Ungeduld, schon morgen die Welt verändert haben zu müssen; die auch frei ist von hybridem Sendungsbewußtsein.

Wir stützen unsere Politik auf vorurteilslose Analysen, betrachten diese mit kritischer, praktischer Vernunft und orientieren uns an den bleibenden Maßstäben des Rechtes, der Humanität und des Friedens. Und ein Schuß Erfahrung kann auch dabei nicht schaden!

Ohne Kampf wird nichts in der Politik. Da wir Sieg brauchen, müssen wir doppelt kämpfen.

Wir wissen, wo wir stehen; und wir wissen, was wir wollen. Und wir sind entschlossen, unsere Ziele zu erreichen. Miteinander können wir es schaffen!

Kiesinger: Praktische Politik nicht durch Ideologien ersetzen

Zum letzten Mal sprach Kurt Georg Kiesinger in Saarbrücken als Parteichef vor den Delegierten, die sich von den Plätzen erhoben und Kiesinger mit minutenlangem Beifall für seine Arbeit dankten. Kiesinger legte eine Bestandsaufnahme der CDU vor und versprach, seine Kraft in den Dienst der großen Sache der Union zu stellen, damit das deutsche Volk eine Regierung erhält, die christlich-demokratisch geprägte Politik verwirklicht.

Der scheidende Parteichef gab folgende Augenblicksaufnahme: „Die Ergebnisse von neun Landtagswahlen haben die Position der Union nicht nur in den Ländern, sondern auch im Bundesrat beträchtlich gestärkt, da nun in vier Ländern die Union nicht mehr durch eine Koalition belastet ist. In zwei Ländern hat diese Koalition im übrigen nur eine Mehrheit von einem Sitz. Die FDP ist aus drei Landtagen verschwunden. In Hessen und in Berlin ist die CDU bis an die 40 % herangekommen, die Meinungsumfragen zeigen die Union in Führung. Das Urteil der Mehrheit der Bevölkerung über die Arbeit der Regierung ist überwiegend negativ.“

Kiesinger richtete scharfe Angriffe gegen die Bundesregierung, die sowohl außen- wie auch wirtschaftspolitisch verhängnisvoll versagt habe. Er warnte die Regierung, es darauf ankommen zu lassen, mit einer winzigen Mehrheit im Bundestag, die möglicherweise vom zufälligen Krankenstand abhängt, die Ratifizierung der Ostverträge durchzusetzen.

Eindringlich zeigte Kiesinger die gefährlichen Folgen der Ostpolitik Brandt/Scheel auf. Die Regierung wolle offensichtlich nicht erkennen was die Sowjetunion anstrebt. Welche Ziele sind dies? Eine Art europäisches Rapallo, die Aushöhlung der NATO,

die allmähliche Trennung Westeuropas von den Vereinigten Staaten und die Verhinderung der politischen Vereinigung Westeuropas. Die Sowjetunion habe diese Ziele klar ausgesprochen; sie erforderten vom Westen eine klare Antwort. Kiesinger machte deutlich: „Wir wollen Frieden und Verständigung, auch unter Opfern. Aber dabei darf die Grenze dessen, was man einem Volk zumuten kann, nicht überschritten werden. Wir können nicht darauf verzichten, für unsere Landsleute im anderen Teil Deutschlands treuhänderisch zu denken und zu handeln, um jenes künftigen Tageswillen, an dem sie selber sagen können, was sie wollen und wohin sie wollen. Wer in aller Welt sollte dies denn tun, wenn nicht wir, die freien Deutschen!“

Kiesinger umriß den Unterschied in den Vorstellungen der CDU und der Koalition in der Ostpolitik: „Für die CDU ist neben und wegen der Wahrung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen der Zusammenhalt des westlichen Bündnisses und der politischen Einigung Europas das größte und wichtigste Ziel ihrer Politik. Diese Politik sichert uns den Frieden und schützt unsere Freiheit. Sie ist auch die unerlässliche Voraussetzung für eine Politik der Entspannung nach Osten, wenn diese etwas anderes sein soll, als ein beständiges

Zurückweichen vor den Forderungen der Sowjetunion.“

Mehr als jeder andere Staat müsse sich die Bundesrepublik mit größter Behutsamkeit bewegen. Nicht sei gefährlicher, als wenn der Eindruck einer Schaukelpolitik entstünde. Nicht Emanzipation, sondern Integration müsse Ziel der deutschen Politik bleiben.

Ermutigende Eindrücke

Ermutigt zeigte sich Kiesinger von der Einsatzbereitschaft der CDU-Parteifreunde, die er auf seinen vielen Wahlkampfreisen in den verschiedensten Bundesländern angetroffen hat: „Ich gewann fast überall ermutigende Eindrücke von den Parteifreunden, die draußen, sozusagen an der Front, für die Sache der CDU kämpfen. Ohne diesen entschlossenen Einsatz einer großen Zahl verantwortungsbereiter, fähiger Männer und Frauen könnten wir unser großes Ziel für 1973 nicht erreichen. Dieses Ziel heißt: das zu gewinnen, was uns 1969 um 0,9 % mißlang, die Mehrheit im Bundestag und die Bildung einer neuen Regierung durch die Union“.

Kein leichtfertiger Optimismus

Dieser Weg werde steinig sein und vor leichtfertigem Optimismus müsse sich die Union hüten: „Ich habe schon als Kanzler der Großen Koalition zu spüren bekommen, wie stark das Machtpotential unseres größten politischen Gegners ist. Dieses beschränkt sich keineswegs auf die Parlamente und die Kabinete. Die SPD hat fast doppelt so viele Mitglieder wie die CDU und die CSU zusammen. Trotz einer stetigen Zunahme an Mitgliedern ist die CDU eine Wählerpartei geblieben. Die SPD hat einen dem unseren überlegenen, von starken eigenen Finanzen gesicher-

■ 19. Bundesparteitag der CDU

ten, schlagkräftigen Parteiapparat. Sie hat durch eine über viele Jahre hin verfolgte, oft rücksichtslose Personalpolitik ihre Position überall, nicht nur im staatlichen und kommunalen Bereich, überlegen aufgebaut. Jahr um Jahr werden ihr vor allem aus dem Bereich der Höchschulen, nicht zuletzt der pädagogischen Hochschulen, neue Kräfte zugeführt. Diese zeichnen sich durch einen entschiedenen ideologischen Kampfwillen aus. Zum ersten Mal wird die SPD überdies die gesamten Möglichkeiten des Staatsapparates zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung einsetzen. Und sie tut dies mit der ihr eigenen Unbedenklichkeit.

Sie scheut nicht einmal davor zurück, die Presse unter Druck zu setzen, von der Androhung des Informationsentzuges bis zu dem ominösen Wort des Bundeskanzlers über die Schreibtischtäter. Und schließlich wird sie durch die Massenorganisation der Gewerkschaften unterstützt. Wir sollten auch nicht den großen Vorteil unterschätzen, den die SPD dadurch gewinnt, daß sie erstmals mit einem Kanzler in den Wahlkampf geht."

Dazu kommt noch eine andere Überlegung: „Je weiter wir uns von der Ausgangssituation der Bundesrepublik entfernen, desto weniger kennen die jungen Wähler die Realitäten des Anfangs. Die Kriegsgeneration kannte die Wirklichkeit der kommunistischen Welt aus eigener Anschauung. Sie erlebte die Notjahre nach dem Krieg und den großartigen Erfolg des Wiederaufbaues. Die Jungen wissen davon nur vom Hörensagen. Die großen Erfolge, die unter der politischen Führung der Union mit Konrad Adenauer als Kanzler und Ludwig Erhard als Wirtschaftsminister, errungen wurden, sind dieser jungen Generation nicht mehr eine Errungenschaft größer Mühen, son-

dern ein selbstverständlicher Besitz. Ja, ein Besitz, der von den radikalen Ideologen schon wieder angefochten wird, obwohl jeder Erfahrene weiß, das breiteste Schichten unseres Volkes noch nie so viel materielle Lebenssicherheit genossen haben, wie in diesem Jahre. Unsere alten großen Parolen, mit denen die Union ihre Erfolge und Siege errang, sind verblaßt, eben weil sie erfolgreich waren.

Rauschgoldparolen

Nun werden diesen Jungen Rauschgoldparolen vorgetragen. Zu diesen jungen Wählern gehören alle jene, die nach dem Kriege noch im Kindesalter waren, also die 1973 18–38jährigen. Ihre Zahl dürfte bei 15 Millionen, also bei erheblich mehr als einem Drittel der Wahlberechtigten liegen."

Die allgemeine geistige Situation lenke viel Wasser auf die Mühlen des Gegners. Der zunehmende Zerfall alter Wertvorstellungen und ihrer Wirkungskraft, der Verlust des Bewußtseins geschichtlicher Kontinuität, der Umschlag des Schwundes dieser Wertvorstellungen in uto-pischen Rausch oder ideologischem militanten Dogmatismus, komme jenen entgegen, die selbst nur Ideologien anzubieten hätten.

Kiesinger stellte die Wichtigkeit der Parteiarbeit auf Orts- und Kreisebene heraus: „Millionen Menschen, die täglich auf eine uns oft nicht freundlich gestimmte Presse angewiesen sind, halten uns dennoch die Treue. Dies ist nicht anders zu erklären, als durch die Fähigkeit der Menschen, zu sehen, was wirklich ist, was man hat und was man verlieren könnte. Aber sicher spielt der Einsatz unserer Mitarbeiter im Dorf, Stadt und Land dabei eine große Rolle. Noch ist die

Mehrheit unseres Volkes, insbesondere auch der größte Teil der Arbeiterschaft, der Faszination der Ideologien und Utopien nicht verfallen. Aber es gibt Einbruchsgefahren.“

Krise der SPD

Die große Schwäche der Sozialdemokraten sei ihre programmatiche Krise, die zugleich eine Krise ihrer Generationen ist. Das Aufkommen starker neomarxistischer Kräfte in einer Partei, welche die marxistische Tradition schon abgestreift zu haben schien, der entschiedene sozial-revolutionäre Wille dieser Jungsozialisten, die mit zunehmendem Erfolg um die Macht in ihrer Partei kämpfen, habe die SPD in einer Krise gestürzt, die viel schwerer sei, als sich nach außen zeige.

Demgegenüber könne die CDU mit Genugtuung feststellen, daß sie bei aller Interessen- und Meinungsvielfalt einer großen Volkspartei weder eine programmatiche noch eine Generationskrise kennt.

Kiesinger beschwore die Delegierten, nicht dem Fehler der beiden anderen Parteien zu begehen, und auf Ideologien mit Gegen-Ideologien zu antworten. Dies wäre das Ende der CDU. Denn: „Wir treiben praktische und pragmatische Politik, die sich an einigen großen zentralen Ideen und Wertvorstellungen vor allem an den Grundsätzen christlicher Verantwortung orientiert.“

Die augenblickliche Lage der CDU

Wo liegt die Stärke der CDU? Kiesinger nannte: das Programm der Union, ihre realistische Politik und das große Vertrauenskapital, das die Union im Volk genießt. „Wenn wir dieser Politik treu bleiben, beweglich, aber nicht opportunistisch, prinzipien-

■ 19. Bundesparteitag der CDU

treu, aber nicht erstarrt, überzeugend und glaubwürdig wie bisher, vor allem auch für die junge Generation, dann brauchen uns die billigen Schlagworte des Gegners keine großen Sorgen zu machen.“ Die Schwäche der Union liege vor allem im organisatorischen Bereich, im Mitgliederstand, im ungenügenden Parteiaffariat, in der geringen Finanzkraft, in der Unterlegenheit im Bereich der Einflußpositionen.“ Diese Schwäche muß überwunden werden. Und das ist eine Herkulesarbeit“, mahnte Kiesinger.

Der scheidende Parteivorsitzende schloß seine immer wieder durch Beifall unterbrochene Rede:

„Mit dieser Überzeugung und Hoffnung verabschiede ich mich von ihnen als Parteivorsitzender und nur als Parteivorsitzender, denn meine Kraft und mein Kampf werden auch in Zukunft der großen Sache der CDU gelten. Ich bin glücklich in diesem Augenblick des mich überwältigenden Dankes aus diesen Reihen; ich werde noch glücklicher sein, wenn ich dazu beitragen kann, daß dem künftigen Kanzlerkandidaten der Union das gelingt, was mir 1969 versagt blieb: eine Regierung der Union zu bilden und Politik aus Geist und Willen der Union zu treiben. Dieses Land und dieses Volk, dieses ganze deutsche Volk, hat eine solche Regierung und eine solche Politik wahrlich nötig!“

sekretärs und der des Bundesgeschäftsführers.

Eine Abgrenzung ihrer Aufgaben und Zuständigkeiten ist notwendig und möglich. Ich warne allerdings nach meinen Erfahrungen davor, sein ganzes Vertrauen in starre und schematische Satzungsbestimmungen zu setzen, – die Praxis, die konkrete Alltags erfahrung wird hier allemal wichtiger sein.

Der Generalsekretär in unserer Partei hat – ich sage das, ohne den Beratungen der Organisationskommission oder eines ähnlichen Gremiums, die auch ich für nötig halte, vorgreifen zu wollen – eine politische Funktion. Aber in dieser Funktion trägt er zugleich ein erhebliches Stück Verantwortung für die praktische Arbeit der Partei. Wer daran zweifelt, mag die Debatten in Braunschweig von 1967 nachlesen, als es darum ging, dieses Amt in unserem Statut zu verankern.

Aber so wenig sich ein Generalsekretär auf politische Repräsentationspflichten beschränken kann, so wenig wird er eine Art Oberbundesgeschäftsführer sein dürfen. Im Gegenteil, je mehr fähige Mitarbeiter, an ihrer Spitze der Bundesgeschäftsführer, in ihrem Bereich Verantwortung tragen, selbständig handeln, sich frei entfalten können, desto besser wird die Arbeit gelingen.

Kraske: Voraussetzungen für eine Mehrheit der Union schaffen

Vor seiner Wahl zum Generalsekretär ergriff Konrad Kraske die Gelegenheit, seine Auffassungen über die künftige Arbeit zu umreißen. Kraske dankte zunächst dem bisherigen Generalsekretär Bruno Heck, mit dem er fast ein volles Jahrzehnt zusammengearbeitet hat und erklärte dann folgendes:

„Die Aufgaben, die vor uns liegen, sind so groß – es ist wahrhaftig, wie Kurt Georg Kiesinger sagte, eine Herkulesarbeit –, daß man fastbeklommen werden könnte. Aber auch für eine neue Parteiführung wird es keine Patentrezepte geben. Unser neuer Vorsitzender Rainer Barzel, schlägt Ihnen als Generalsekretär einen Mann vor, der Ihnen verspricht, seine ganze ungeteilte Arbeitskraft und alle seine Erfahrungen in den Dienst der Partei zu stellen, der aber zugleich ehrlich genug ist, Sie vor jeder Art von Wunderglauben zu warnen, und der Ihnen in

diesem Augenblick offen sagt, daß unsere Partei auch in zwei und auch in vier Jahren noch offene Probleme haben wird.

In den vergangenen Wochen ist viel über die Aufgaben des Generalsekretärs, über ihre Definition und über ihre Abgrenzung gesprochen worden, daß Sie von mir dazu ein Wort erwarten können. Ich verfechte seit Jahren – auch schon in der Zeit, als ich selbst Bundesgeschäftsführer war – die These von der unersetzbaren Notwendigkeit aller drei Funktionen: der des Vorsitzenden, der des General-

Ich habe in diesen Tagen irgendwo gelesen, unter mir als Generalsekretär werde kein Bundesgeschäftsführer seines Lebens froh werden können, weil ich selbst viel zu eingefuchst sei und ihm ständig in seine Arbeit hineinreden würde. Die Leute, die das im Ernst glauben, irren sich gewaltig. Sie übersehen nämlich, daß gerade jemand wie ich, der selber 12 Jahre lang Bundesgeschäftsführer gewesen ist, ziemlich genau weiß, wie einem solchen Mann zumute ist, und erst recht, wie ihm zumute

■ 19. Bundesparteitag der CDU

wäre, wenn jemand versuchte, ihm in seine Arbeit und seinen Verantwortungsbereich hineinzureden. Art mir — ich glaube sagen zu können: gerade an mir wird die enge, vertrauliche Zusammenarbeit mit dem Bundesgeschäftsführer ganz gewiß nicht scheitern.

CDU bietet bessere Alternativen

Daraus ergibt sich die Frage nach dem Arbeitsprogramm eines neugewählten Generalsekretärs. Sie werden in diesem Augenblick kein ausgefeiltes Konzept von mir erwarten. Lassen Sie mich für heute nur soviel sagen: Was wir von heute bis Herbst 1973 tun, hat Tag für Tag und Stunde für Stunde vor allem unter einer Frage zu stehen: Was muß, was kann geschehen, um der Union bei der nächsten Bundestagswahl die Mehrheit zu sichern? Das sagen, heißt wahrhaftig nicht, in der Partei nichts anderes als eine Wahlvorbereitungsorganisation zu sehen. Denn langfristige Wahlkampfvorbereitung ist kein Widerspruch zu der Forderung nach aktiver, moderner Parteiarbeit.

Im Gegenteil, das eine bedingt das andere. Eine Regierungspartei mag vielleicht in die Gefahr geraten, zur bloßen Wahlmaschine zu werden, eine Partei in der Opposition dagegen kann eine erfolgreiche Wahlkampforganisation nur sein, wenn sie zuvor und zugleich eine erfolgreiche Partei ist. Deshalb braucht niemand zu befürchten, die Partei komme bei mir zu kurz, wenn ich für die nächsten zwei Jahre zuallererst an den Wahlkampf denken werde. Auch hier sind in der Diskussion vor dem Parteitag gelegentlich Gegensätze konstruiert worden, die, wie mir scheint, an der Praxis ziemlich weit vorbeigehen.

Im übrigen ist Wahlkampfvorbereitung für die CDU in der Opposition wahrhaftig mehr als

eine organisatorische, technische, taktische Aufgabe für Manager. Wenn wir die Wahl 1973 gewinnen wollen, dann muß unsere Organisation verbessert, dann müssen unsere Mitglieder aktiviert, dann müssen unsere Finanzen in Ordnung gebracht und es muß eine erstklassige Wahlwerbung vorbereitet werden. Ganz gewiß! Aber noch wichtiger ist, daß wir so bald wie möglich unseren Spitzenkandidaten nominieren, daß wir neben und mit ihm eine Mannschaft präsentieren, zu der die Besten der Union gehören, daß wir auf der Basis unseres Programms eine Wahlkampfplattform erarbeiten, die mit einfachen, verständlichen Worten klarmacht, was die Union tun wird, um unser Land aus der Krise herauszuführen, in die es die Außen- und Innenpolitik der Linkskoalition gestürzt hat. Wichtig ist schließlich, daß wir im Parlament und draußen im Land noch deutlicher und noch überzeugender als bisher klarmachen, daß die Union, so oft sie gezwungen ist, zu einer verfehlten Politik nein zu sagen, keine Neinsagerpartei ist, sondern daß sie unserem Lande die positive, konstruktive, die bessere Alternative bietet.

Lassen Sie mich ein letztes sagen, obwohl es nicht überall Zustimmung finden wird. Manchmal finde ich, daß es die Union reichlich schwer mit sich selbst hat oder, besser gesagt, daß sie es sich selbst oft ganz unnötig schwer macht. Keine andere Partei in diesem Land hat so erfolgreiche Wahlkämpfe durchgeflogen wie sie. Keine andere Partei hat in einer zweifachen Programmdiskussion so viel Offenheit und innere Demokratie bewiesen.

Dennoch gibt es keine Partei, die so öffentlich an sich selbst zweifelt. Es gibt keine Partei, in der so viel über den Wahlverein räsoniert wird, der man ja eigentlich nur sei, in der so viel über den Mangel an Parteireform geklagt wird, in der so viel über die miserable Organisation geschimpft wird.

Ich will es mir und uns wahrhaftig nicht leicht machen. Es gibt wohl kaum einen, der so gut weiß wie ich, wie vieles noch im Argen liegt und wie unendlich viel Arbeit zu leisten bleibt. Aber wir sind, wie ich sicher glaube, auf dem richtigen Weg. Darum sollten wir endlich aufhören, uns in einer permanenten Parteikrise hineinzureden."

Heck: Mobilmachung der ganzen Partei nötig

In seinem Rechenschaftsbericht stellte der bisherige Generalsekretär Bruno Heck selbstkritische Fragen an die Partei. Wie begreift sich die CDU selbst? Ist in der Öffentlichkeit die Abneigung gegen die Politik Brandts nicht eine stärkere Komponente als die Zuneigung zur CDU? Heck stellte diese Problematik folgendermaßen dar:

„Wir liegen in der Meinung der Wähler vorn. Aber es ist offensichtlich, dieses Ja der Wähler gilt mehr der Opposition gegen die Regierung Brandt und weniger der Partei, die in dieser Opposition steht.

Im Grenzbereich der Wähler zwischen uns und den Koalitionsparteien ist die Bereitschaft, uns zu folgen, geringer als die

■ 19. Bundesparteitag der CDU

Abneigung gegen die hektische Politik der Linkskoalition. Was bedeutet das für uns?

Wir müssen jetzt diesen Vorsprung aus Ablehnung in einen Vorsprung aus Zustimmung verwandeln.

Den Widerspruch zur Regierung und unseren eigenen Standpunkt formulieren wir Woche für Woche im Parlament; um Zustimmung müssen wir draußen im Lande werben. Unser wichtigster Wahlhelfer in den vergangenen Landtagswahlen war die Bundesregierung. Ihre Schwäche war unser Gewinn. Aber auf diese Rechnung können wir für 1973 allein nicht setzen. Die Bevölkerung scheint sich an die Inflation zu gewöhnen. Sie könnte auch einmal bereit sein, etwas weniger Inflation als relative Stabilität zu begrüßen. Und in der Ostpolitik wird die Regierung versuchen, den Wählern mit kleiner Münze die großen Sorgen abzukaufen. Über all dem bastelt die SPD am Bilde Brandts herum, um ihn als Vaterfigur, als Staatsmann und Humanisten hochzustilisieren, zur tragischen Symbolfigur der Deutschen, die es auf sich nimmt, den Verzicht auf die politische Freiheit der ganzen Nation als angeblich unerlässlichen Beitrag zum Frieden durchzusetzen. Dies alles geschieht mit überlegenen finanziellen Mitteln, mit einer ungehemmten Mischnung von Staat und Partei und mit dem Freibrief eines parteipolitischen Bündnisses, das die Macht so gebraucht wie sie erworben wurde: gegen die Mehrheit der Bürger."

Heck stellte dann die Frage: „Wie steht es mit dem Selbstverständnis der Union? Ist CDU für uns nur noch eine Markenbezeichnung oder bedeutet es noch etwas für uns und unsere Politik, daß wir uns christlich nennen? Auf diese Frage gibt es keine für alle Zeiten gültige Ant-

wort. Aber das erspart es uns nicht, diese Frage, die immer vor uns stehen wird, immer neu zu beantworten. Solange wir uns christlich nennen, haben wir kein Recht, uns dem zu entziehen, was wir uns selbst als Norm und Maß gesetzt haben.

Im aktuell Programmatischen sind wir längst auf dem richtigen Wege. Wir haben den Übergang geschafft von der Zeit, in der die Union in erster Linie die Partei des Bundeskanzlers sein konnte und sein mußte, zur selbstbewußten, sich selbst bestimmenden Partei der Mitglieder. Dieser Übergang ist besonnen und bruchlos vollzogen worden, dieser Übergang ist und bleibt eine Leistung der Partei. Die Partei, wie sie heute ist, braucht allerdings einiges mehr interne Toleranz und einiges mehr interne Solidarität."

Die Partei hat sich nach Hecks Auffassung in den vergangenen Jahren mehr und mehr von einer Bundespartei zu einem Parteienbund mit angegliederten Vereinigungen von bemerkenswerter Selbstständigkeit entwickelt. „Wir dürfen die Dinge nicht weiter-

laufen lassen; wir müssen ein einheitliches Konzept vom Ortsverband über die Landespartei bis zum Bund erarbeiten und dann klare Verantwortungen schaffen. Die Verantwortungen, die wir heute haben, reichen gerade aus, um Sündenböcke zu ernennen. Eine Handhabe zum Durchgreifen – auch gegenüber Landesverbänden und Vereinigungen – geben sie nicht. Klare Verantwortungen zu schaffen, das ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß die Partei überhaupt geführt werden kann.

Die Lage der CDU ist nicht leicht – wir haben unsere Probleme; es hängt alles davon ab, ob wir die Kraft aufbringen, das zu leisten, was jetzt von uns gefordert wird. Die CDU ist vom Kopf auf die Füße gestellt worden, nun muß sie beweisen, daß sie als Partei geschlossen marschieren kann. Den nächsten Wahlkampf können wir nur unter der Devise gewinnen: auf jedes einzelne Mitglied kommt es an. Die Mobilmachung der ganzen Partei – das ist es, was von der neuen Führung, was von uns allen verlangt wird.

Schmücker: Wahlsieg hängt auch von ausreichenden Finanzen ab

Kurt Schmücker, Bundes- schatzmeister der CDU seit 1968, der auf dem Saarbrücker Parteitag nicht mehr für dieses Amt kandidierte und 1973 aus der Bundespolitik ausscheiden will, sagte in seinem Rechenschaftsbericht, der Wahlsieg 1973 sei nicht nur eine Frage guter Politik, überzeugender Argumente, persönlichen Engagements und der richtigen Führung, sondern auch eine Frage ausreichender Parteifinanzen.

Nach Schmückers Angaben betrug das buchmäßige Vermögen der Bundesgeschäftsstelle am 1. Januar 1968 noch 3 588 700 DM. Am 31. Dezember 1970 lag eine Überschuldung vor von 5 042 000 DM. Das bedeutet also innerhalb von drei Jahren eine Verschlechterung von 8 630 700 DM.

Die Ursachen dafür sind nach Schmückers Angaben erhöhte Wahlkampfkosten und Ausgaben erhöhungen durch die allgemei-

■ 19. Bundesparteitag der CDU

nen Kostensteigerungen und durch die in der Opposition gestiegenen Ausgaben. „Die Mehrkosten bis zum 31. Dezember 1970 gegenüber dem 31. Dezember 1967 betrugen allein fast 7 Millionen DM. Die in der Bundesgeschäftsstelle entstandenen – nicht gedeckten – direkt erfaßten Wahlkampfkosten und die allgemeinen Kostensteigerungen ergeben zusammen einen Betrag von 9 542 600 DM.“

Um liquide zu bleiben, mußte die CDU Bankkredite aufnehmen. Es wurde ein Plafond von 12 Mio DM eingeräumt, der jetzt ausgeschöpft ist.

Wie kam es zu dieser schwierigen Finanzlage? 1967 war in Braunschweig Dr. Seehofer zum Bundesschatzmeister gewählt worden. Ehe seine Tätigkeit richtig anlaufen konnte, starb er knapp vier Monate nach seiner Wahl. Es hat dann ein halbes Jahr gedauert, bis der Bundesausschuß einen vorläufigen Nachfolger bis zum nächsten Parteitag wählte. In dieser zehnmonatigen Vakanz sind viele Fäden abgerissen.

Darüber hinaus macht es das Parteiengesetz selbst denjenigen, die zu größeren Spenden bereit sind, denkbar schwer und nahezu unmöglich, Geld als Spenden zur Verfügung zu stellen. Im übrigen sind die im Gesetz erlaubten Beträge – gemessen an der Geldentwicklung und gemessen an den Aufgaben der Parteien viel zu niedrig angesetzt.

Mit Hilfe neuer Systeme sind von Oktober 1968 bis zum 30. Juni 1971 rund 4 Millionen DM zusätzlich hereingeholt worden. Man wird solche Überle-

gungen behutsam aber zielsicher weiter betreiben müssen. Welche Arbeit hinter diesem Ergebnis steckt, ist daraus zu erkennen, daß dazu über 1000 Einzelkontakte erforderlich waren, von denen $\frac{1}{4}$ zu einem positiven Ergebnis führten. In der bisher üblichen Weise sind im gleichen Zeitraum 9,2 Mio DM an Spenden hereingeholt worden. Diese Summe setzt sich aus 2375 Einzelspenden zusammen.“

Schmücker plädierte für eine Beitragserhöhung, wandte sich aber gegen die Auffassung, eine Partei müsse sich aus Mitgliedsbeiträgen allein oder überwiegend finanzieren. Richtig sei, daß sich das Verhältnis zwischen den Mitgliedsbeiträgen und Einnahmen aus anderen Quellen wesentlich verbessern müsse.

Schmücker machte folgende Rechnung auf: Wir haben 350 000 Mitglieder. Selbst wenn wir es erreichen könnten, eine Million Mitglieder zu haben und jeder

würde im Schnitt einen Monatsbeitrag von 5 DM leisten, dann hätte die CDU Einkünfte von 60 Millionen im Jahr, – eine überraschend hohe Zahl. Rechnet man diesen Betrag aber auf Monat und Kreisverband, dann stehen jedem Kreisverband monatlich etwas über 15 000 DM zur Verfügung. Das wäre nicht einmal genug, um eine ausreichende Arbeit in einem Kreisverband mit Geschäftsstelle und entsprechenden Aktivitäten kontinuierlich zu finanzieren.

Auch bei der SPD seien es nicht die Mitgliedsbeiträge, sondern das beträchtliche Vermögen, das die Finanzierung sichert. Die SPD gewann mit der Wiedergutmachung ein Startkapital von 100 Millionen DM. Die CDU begann mit Null. Das Vermögen der SPD liegt jetzt bei 400 Millionen DM. Neueste Nachrichten berichten von der Gründung einer neuen Holding der SPD mit einem Jahresumsatz von über 500 Millionen DM.

■ Im Spiegel der Presse

Die CDU praktizierte bei der Wahl ihres neuen Vorsitzenden ein parteiinternes Demokratieverständnis, für das bisher keine Partei ein Beispiel zu setzen wagte und das gerade der CDU niemand so recht zugetraut hätte.

Kölner Stadtanzeiger

In einem Punkt hat der Parteitag der CDU in Saarbrücken, bei aller Kritik an den Sozialdemokraten, eines der vielen Brandt-Versprechen praktiziert. Die Unionspartei hat mehr Demokra-

tie gewagt. Sie hat in einer offenen Debatte über die beiden Bewerber für den Parteivorsitz gesprochen und über die beste Führungsstruktur gestritten. Die Debatte hat nun den gängigen Vorwurf widerlegt, daß die CDU von parteiinterner Demokratie nicht viel halte, ja sie überhaupt nicht auszuüben verstehe. Die Personaldebatte, die mit unverletzenden und sachlichen Argumenten geführt wurde, stellt der CDU ein gutes Zeugnis aus.

Schwäbische Zeitung

UiD

Verlag: Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn, Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 1937 95. Abonnementspreis vierteljährlich DM 6,–, Einzelpreis DM 0,50. Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn